



HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

Klaus Gagel (AfD), Olaf Schwaier (AfD), Andreas Lichert (AfD), Dimitri Schulz (AfD)

Verwendung des Szenarios RCP8.5/SSP5-8.5 in Klimaprojektionen und politischen Entscheidungsgrundlagen des Landes Hessen

Vorbemerkung:

Das Land Hessen stützt seine Klimaanpassungspolitik, fachliche Informationsangebote und politische Entscheidungen seit Jahren auf Klimaszenarien. Dabei spielt das Szenario RCP8.5 (Representative Concentration Pathway 8.5) beziehungsweise SSP5-8.5 (Shared Socioeconomic Pathway 5 – 8.5, fossil befeuerte Entwicklung mit einem Anstieg des atmosphärischen CO₂ bis zum Jahre 2100 auf über 1100 ppm) eine besondere Rolle.

Dieses Szenario beschreibt eine sehr starke Erwärmung durch eine besonders hohe Treibhausgaskonzentration der Atmosphäre. In Veröffentlichungen des Landes beziehungsweise des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) wird es jedoch nicht als unrealistisches Extremszenario dargestellt, sondern sinngemäß als „Kein Klimaschutz“ oder „Weiter-wie-bisher“ Szenario verwendet.

Diese Einordnung ist erklärungsbedürftig. Bereits der Sechste Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) ordnet RCP8.5 beziehungsweise SSP5-8.5 nicht als Fortschreibung des bisherigen Entwicklungspfad ein. Auch der neue internationale Szenario- und Modellrahmen CMIP7 (Coupled Model Intercomparison Project Phase 7, das weltweit wichtigste, international koordinierte Klimamodell-Vergleichsprojekt, das unter dem Dach des Weltklimaforschungsprogramms organisiert ist), der auch die wissenschaftliche Grundlage künftiger Klimaprojektionen und IPCC-Bewertungen bildet, führt das bisherige Extremniveau SSP5-8.5 nicht mehr als plausiblen oberen Referenzpfad fort.

Gleichzeitig nimmt die Begründung des Hessischen Klimagesetzes bei der Klimawandelanpassung auf die IPCC-Szenarien bis RCP8.5 Bezug. Frühere Antworten der Landesregierung bezeichneten RCP8.5 zudem ausdrücklich als „kein Klimaschutz“ Szenario.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Publikationen des HLNUG und die politischen Folgerungen der Landesregierung noch dem aktuellen Stand der Forschung entsprechen.

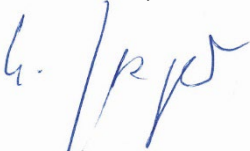
Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Veröffentlichungen, Online-Angebote, Gutachten, Berichte, Präsentationen, Kartenwerke, Handlungshilfen oder sonstigen Materialien des Landes Hessen, des HLNUG oder nachgeordneter Behörden verwenden derzeit das in der Vorbemerkung beschriebene Szenario RCP8.5?
2. Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage hält die Landesregierung die Bezeichnung bzw. die Verwendung von RCP8.5 beziehungsweise SSP5-8.5 als „Kein Klimaschutz“ oder „Weiter-wie-bisher“ Szenario weiterhin für sachgerecht?
3. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der Einordnung des IPCC AR6 (Assessment Report 6) sowie des neuen CMIP7-Szenariorahmens, wonach das bisherige Extremniveau RCP8.5/SSP5-8.5 nicht mehr als plausibler oberer Referenzpfad fortgeführt wird, den Umstand, dass

das HLNUG in seinen Publikationen weiterhin mit RCP8.5 als „Kein Klimaschutz“- beziehungsweise „Weiter-wie-bisher“-Szenario arbeitet?

4. Was versteht die Landesregierung heute unter dem in der Begründung zu §5 HKlimaG genannten „aktuellen Entwicklungspfad mit Bezug auf die IPCC-Szenarien RCP 2.6 bis 8.5“?
5. Welche Bedeutung hatten und haben RCP8.5-basierte Klimaprojektionen für die Klimawandelanpassungsstrategie, den Klimaplan Hessen, kommunale Handlungshilfen, Förderprogramme und sonstige Maßnahmen der Landesregierung? Bitte in der Antwort nach Bereichen aufschlüsseln: Wasserwirtschaft/Grundwasser, Landwirtschaft, Wald, Gesundheit, Verkehr, Infrastruktur, Regionalplanung, etc.
6. Hat die Landesregierung geprüft oder prüfen lassen, wie sich zentrale Aussagen zu Klimafolgen, Schadensrisiken, Anpassungsbedarf und Kosten-Nutzen-Abwägungen verändern würden, wenn statt RCP8.5 beziehungsweise SSP5-8.5 ein nach IPCC AR6 typisches Referenzszenario ohne aktive Klimapolitik („Klimaschutz“) oder ein aktuelles Szenario auf Basis bestehender Politik und Trends zugrunde gelegt würde?
7. Hält die Landesregierung die früheren Aussagen mit den entsprechenden Begründungen weiterhin für plausibel, wonach ohne ambitionierten Klimaschutz für Deutschland bis 2050 jährliche Klimaschadenskosten bis zu 21 Milliarden Euro entstehen könnten?
8. Welche aktuellen, nach Szenarien differenzierten, Abschätzungen zu Klimafolgekosten und Klimaanpassungskosten für Hessen oder Deutschland liegen der Landesregierung vor?
9. Hat sich der Wissenschaftliche Klimabeirat des Landes Hessen bereits mit der aktuellen wissenschaftlichen Neubewertung von RCP8.5/SSP5-8.5 und deren Bedeutung für hessische Klimaprojektionen, Klimaanpassungsmaßnahmen und Kostenannahmen befasst?
10. Welchen Einfluss hatte die Einstufung des RCP8.5-Szenarios durch CMIP7 als „unplausibel“ auf den Änderungsentwurf der Landesregierung zum Hessischen Klimagesetz?

Wiesbaden, 22. Juni 2026



(Klaus Gagel)



(Olaf Schwaier)



(Andreas Lichert)



(Dimitri Schulz)